Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Werktags bis Vorm. 8-1 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11-½1 Uhr Mitt. Im Vorabend: Gr. Klostergs. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; Doppelzeile unterm Strich (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 30 Pfg. Für Familiennachrichten zc. 30 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Kabul-Anzüge für Herren,
waschecht, krumpfrei, federleicht.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Simon's Annenhof Dresden.
Vorzügliches Mittelstands-Hôtel für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Im Centrum der Stadt.
Gutes Restaurant Bürgerl. Pilsner.
Mässige Preise.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34.
Grosses Lager von
Neuheiten elegant garnirter Damenhüte.
Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris und Wien.

Wilh. Böhme
Inhaber: Carl Lamprecht
Tuchhandlung, Scheffelstrasse 6.
Grösstes Lager in echt englischen u. deutschen Paletot-, Anzug- und Hosenstoffen.

Eau de Cologne,
hochfeines, kräftiges, eigenes Destillat in Hoffmann's Patentflaschen mit Reservekork, à Fl. 1 Mk.
Salol-Ratanha-Mundwasser, à Fl. 1,50 Mk.
Diverse Haarwässer etc.
Storch-Apotheke, Dresden, Pillnitzerstr.

Das Geschäft von Bandagist und Orthopäd **M. H. Wendschuch sen.** befindet sich unverändert schon seit über 30 Jahren **nur Marienstrasse 22b** im Gartengrundstück neben den „3 Raben".

Nr. 153. **Spiegel:** Amerikanische Präsidentschafts-Kandidaten. Hofnachrichten. Buchdrucker-Bewegung. Fleischer-Verband. Maurer-Versammlung. Gerichtsverhandlungen. „Freischütz". | Muthmaßliche Witterung: Beständig, warm. | **Donnerstag, 4. Juni.**

Politisches.

Am 4. März 1897 endet die Amtszeit Cleveland's, des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Am 4. November dieses Jahres muß nach der Verfassung sein Nachfolger gewählt werden. Schon seit Wochen ist der Wahlkampf, wie gewöhnlich, auf das Heftigste entbrannt. Der Wahlfeldzug zerfällt in zwei Abschnitte, in die parallel laufenden Agitationen der demokratischen und der republikanischen Partei, die darauf hinausgehen, die Kandidaten- und die Wahlprogramm-Fragen zu erledigen, und in den Wettlauf zur eigentlichen Präsidentenwahl, die indirekt, durch Wahlmänner, vollzogen wird. Die Campagne wird mit der Wahl der Delegirten eingeleitet, die in jedem Staate der Union von den Parteien ernannt werden. Diese Vertrauensmänner treten dann zu den sog. Nationalkonventionen zusammen, welche die Kandidaten für die Präsidentschaft aufstellen. Der Parteitag der republikanischen Partei tritt am 17. d. M. in St. Louis zusammen, der der Demokraten findet später in Chicago statt. Auf diesen Nationalkonventionen wird dann zugleich das Glaubensbekenntniß der Parteien und ihrer Kandidaten abgelegt.

Doktrinäre Schwärmer für republikanische Selbstbestimmung, die aber die wahren Verhältnisse und Vorgänge nicht kennen, sind vielleicht noch heute der naiven Ansicht, daß eine nordamerikanische Präsidentenwahl das Werk des Volkswillens ist. In Wirklichkeit kann davon nicht die Rede sein; die ganze Präsidentenwahl ist eine ungeheuerliche politische Komödie, die von Leuten, welche die Politik als Geschäft oder als Sport betreiben, gespielt wird und zwar vermöge einer gewaltigen Maschinerie, die hauptsächlich mit Lug und Trug, mit Intrigue und Bestechung arbeitet. Der Verlauf der monatelangen Wahlcampagne mit der ganzen Korruption, die sie zur Folge hat, ist eine Satire auf republikanische Ehre, Freiheit und Tugend. Schon aus dem Charakter der Nationalkonventionen geht hervor, daß die Geschäftspolitiker mit ihren Cliquen die eigentlichen Macher sind, daß aber dabei der Wille des Volkes so gut wie gar nicht mitzusprechen hat. „Es ist längst eine ständige und laute Klage geworden," schreibt Professor v. Holst, einer der gründlichsten Kenner des Staatsrechtes der Vereinigten Staaten, „daß diese Nationalkonventionen nicht sowohl die Masse der Partei, als vielmehr nur die professionellen Politiker vertreten und häufig im Dienste der Interessen dieser der öffentlichen Meinung Trotz bieten. Die Wahlmänner sind Dekorationsfiguren ohne jeden eigenen Willen. Das Volk nimmt nicht das geringste Interesse daran, wer dazu ausersehen wird; denn die Gewählten sind in Ehren gehalten, für die von der Nationalkonvention aufgestellten Parteikandidaten zu stimmen. Seit Einführung dieser Konventionen hat nie ein Wahlmann gewagt, den Intentionen der Verfassung gemäß nach seinem eigenen Ermessen zu handeln. Nicht nur hinsichtlich der Frage, welche Partei obsiegen wird, sondern auch was die Personenfrage anlangt, ist die Wahlmännerwahl thatsächlich die Präsidentenwahl, und der Sprachgebrauch nennt sie auch so." Wer siegen wird, das bestimmt nicht das Volk, sondern die großen Drahtzieher der Parteien. Schon auf den Nationalkonventionen giebt es Delegirte, die für den Preis von etlichen hundert Dollars für jeden beliebigen Kandidaten zu haben sind; weit ärger aber noch ist der Stimmenschacher, der bei den allgemeinen Wahlen der Wahlmänner, welche die eigentliche Präsidentenwahl vornehmen, in den untersten Volksschichten, besonders bei Negern und Farbigen, getrieben wird.

Die Präsidentenwahl ist noch immer in der Hauptsache eine Schlacht, welche sich die beiden großen historischen Parteien der Demokraten und Republikaner liefern. Es ist wiederum bezeichnend für nordamerikanische Verhältnisse, daß es keineswegs politische Gegensätze, sondern ausschließlich geschäftlich-materielle Fragen, wie besonders die Tarif- und die Währungsfragen, sind, welche bei dem Konkurrenzkampfe dieser beiden Parteien den Ausschlag geben. Nur in wirthschaftlichen Fragen gehen die Anschauungen der Demokraten und Republikaner auseinander. Die Republikaner sind unbedingte Anhänger des Schutzzolles. Das Schutzzollsystem haben sie bis zur äußersten Folgerichtigkeit angewendet. Es gipfelt in der bekannten Tarifbill, welche den Namen ihres zur Zeit am meisten genannten Präsidentschaftskandidaten Mac Kinley trägt. Aber prinzipielle wirthschaftspolitische Gegensätze bestehen zwischen den Anhängern der beiden Parteien eigentlich nicht und sicherlich wird die schutzzöllnerische Tarifpolitik mit mehr oder weniger hohen Sätzen in Kraft bleiben, ob ein Demokrat oder ein Republikaner im März des kommenden Jahres in das Weiße Haus in Washington einzieht; in keinem Falle ist eine durchgreifende Neugestaltung der Handelspolitik Bruder Jonathan's zu erwarten. Den Angelpunkt der Wahlprogramme scheint diesmal die Währungsfrage zu bilden, aber merkwürdiger Weise giebt es eben sowohl unter den Demokraten wie unter den Republikanern erbitterte Gegner und begeisterte Anhänger der Silberwährung. In dieser Beziehung herrscht ein wahres Tohuwabohu von entgegengesetzten und einander widersprechenden Ansichten innerhalb ein und derselben Partei, und daher befolgt Mac Kinley die kluge Taktik, sich zunächst über seine Stellungnahme zu Gold und Silber vollständig auszuschweigen. Jede Partei und jeder Kandidat möchte am liebsten sein Programm so zweideutig gestalten, daß die Gold- wie die Silberfreunde mit gleich großer Begeisterung dafür eintreten können. Daher kommt es jetzt öfters vor, daß dieselben Kandidaten für die bevorstehenden Nationalkonventionen von einer Versammlung aus Goldwährungs-, von der anderen aus Silberwährungsgründen empfohlen werden. Die Parteigänger Mac Kinley's lassen ihn im Osten als Goldwährungsmann kandidiren, im Süden und Westen preisen sie ihn dagegen als Freiprägungsapostel. Das Programm soll ein Netz für die Fische aller Gattungen sein. Die amerikanische Politik arbeitet nicht mit Gedanken und Grundsätzen, sondern mit Cliquen und Schlichen, mit rein geschäftlichen Interessen, also vor Allem mit Geld, ob in Gestalt von Gold oder Silber, das ist einerlei.

Das Hauptinteresse der Wahlbewegung concentrirt sich augenblicklich auf die Kandidatenernennung auf dem republikanischen Parteitage in St. Louis. Die meisten Aussichten hat Mac Kinley; aber es kann sich gleichwohl die alte Erfahrung bestätigen, daß man gerade bei den amerikanischen Präsidentenwahlen mit Ueberraschungen der letzten Stunde zu rechnen hat. Es ist noch nicht absolut sicher, daß Mac Kinley thatsächlich in St. Louis als Kandidat nominirt werden wird. Vor vier Jahren glaubte Jedermann, daß auf dem damaligen republikanischen Parteitage der frühere Staatssekretär Blaine als Kandidat erkoren werden würde. Als dieser vorgeschlagen wurde, erhoben 12,000 Menschen ein Geheul und Gebrüll, wie man es auf einer Konvention noch nie erlebt hatte. Minutenlang wurden Fahnen, Hüte und Bilder Blaine's geschwenkt und das Toben hörte erst auf, als die Kraft nicht mehr ausreichte. Und doch war Alles umsonst! Harrison schlug Blaine schon im ersten Anlaufe. Aehnlich kann es auch Mac Kinley diesmal ergehen und ein sog. dark horse (schwarzes Roß) der Bannerträger der Partei im zweiten Abschnitte des Wahlkampfes werden. Unter dark horse versteht man die amerikanische Ausgabe des altrömischen homo novus, den plötzlich auftauchenden, bisher wenig oder gar nicht beachteten Mann, auf dessen Namen man sich einigt, weil man nicht im Stande ist, sich über die bekannten Größen der Partei zu einigen. Der vor 15 Jahren ermordete Garfield war ein solches dark horse.

Die Chancen der Demokraten, die mit den Wahlvorbereitungen im Rückstande sind, werden diesmal als ungünstig bezeichnet. Diese vor 4 Jahren siegreiche Partei hat im Laufe ihres Regiments zahlreiche Fehler begangen, die sie theilweise um die Volksgunst gebracht haben; insbesondere hat sich die auswärtige Politik Cleveland's beständig in Konflikt mit der öffentlichen Meinung, besonders in der kubanischen Frage, befunden. Die Partei hat bisher ihre Kandidaten noch nicht aufgestellt, aber man nimmt allgemein an, daß Cleveland zum dritten Male kandidiren wird, obwohl dies mit der seit dem Beispiele Washington's herrschenden Tradition im Widerspruch steht. Grover Cleveland ist das anerkannte Haupt seiner Partei, die er wieder regierungsfähig gemacht hat, nachdem sie ein Vierteljahrhundert lang nur Niederlagen erlitten hatte. Er hat sich persönlich als ein ehrlicher Mann gezeigt, der zwar nicht im Stande gewesen ist, die schlimmen Auswüchse der Parteiherrschaft und der Beamtenkorruption zu entfernen, der aber auch verhindert hat, daß diese inzwischen noch größer geworden sind. Wird Cleveland aufgestellt, so können sich seine Aussichten noch bis zum Herbst bessern, besonders wenn er plötzlich, Wahlzwecken zu Liebe, aus seiner vorsichtigen Reserve in der äußeren Politik heraustritt und sich in einer Frage derselben ebenso massiv geberdet, wie nur irgend ein republikanischer Monroe-Chauvinist.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 3. Juni.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge Auer und Genossen, sowie Ancker u. Gen. betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht. Die Kommission schlägt einen von ihr vereinbarten Gesetzentwurf vor. § 1 desselben erklärt alle Deutschen für berechtigt, sich ohne obrigkeitliche Erlaubniß friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Von politischen Versammlungen sollen Minderjährige ausgeschlossen sein. Lohnangelegenheiten gelten nicht als politische Zwecke. — Abg. Rickert (Freis. Ver.): Es handelt sich hier um Beseitigung unerträglicher Verhältnisse. Bei der ersten Lesung hat uns Herr v. Bötticher aufgefordert, ein brauchbares Vereins- und Versammlungsrecht zu schaffen; wir haben es deshalb auch in der Kommission abgelehnt, nur ein Nothgesetz hier vorzulegen. Vor mehr als zwanzig Jahren lehnte der Reichstag ein ihm von seiner Kommission vorgeschlagenes Gesetz nur deshalb ab, weil die Vertreter der verbündeten Regierungen erklärten, schon in der nächsten Session würden sie mit einer eigenen Vorlage kommen; und heute, wo ein solches Gesetz noch viel dringender ist als vor zwanzig Jahren, müssen wir immer noch darauf warten. Der Prozeß gegen die sozialdemokratische Parteiorganisation hat auf alle Verständigen einen geradezu niederschlagenden Eindruck gemacht. Wir werden nunmehr abwarten, ob der Herr Staatsanwalt gegen alle anderen Parteiorganisationen vorgehen wird und auch gegen sonstige Vereine, welche, den bestehenden Gesetzen zuwider, zu politischen Zwecken „mit einander in Verbindung getreten sind". Erfreulicherweise sehe ich jetzt am Bundesrathstische schon eine Mappe, hoffentlich wird auch der Besitzer derselben sich bald sehen lassen. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten wären niemals soweit gekommen, wenn sie nicht immer so ungeschickt angegriffen worden wären wie in diesem Prozeß. (Staatssekretär v. Bötticher erscheint und verbeugt sich gegen den Redner. Große Heiterkeit.) In dem Prozeß gegen die sozialdemokratische Parteiorganisation habe der Richter selbst das beschämende Gefühl gehabt, daß er ein Urtheil über Dinge habe fällen müssen, die er lieber von sich ferngehalten haben würde. Wenn die Regierung den vorliegenden Gesetzentwurf nicht annehme, so möge sie doch endlich ihre Zusage von vor zwanzig Jahren einlösen. — Staatssekretär v. Bötticher: Herr Rickert weiß, daß die verbündeten Regierungen zu Initiativanträgen immer erst dann Stellung nehmen, wenn die Beschlüsse dieses Hauses in zweiter Lesung vorliegen. Hiervon in diesem Falle abzuweichen, liegt kein Anlaß vor. Ich bin daher auch nicht in der Lage, zu sagen, ob die verbündeten Regierungen einen Gesetzentwurf, wie er jetzt vorliegt, wenigstens insoweit zu acceptiren geneigt wäre, als er den § 8 des preußischen Vereinsgesetzes, das Verbot des miteinander in Verbindung-Tretens politischer Vereine aufhebt. Ich bin umso weniger in der Lage, darüber Auskunft zu geben, als sich die verbündeten Regierungen seit dem Jahre 1893 nicht mehr mit dem Vereinsrecht befaßt haben. Damals zeigte sich, daß im Allgemeinen die Regierungen an denjenigen gesetzlichen Bestimmungen in den Einzelstaaten, welche den Bedürfnissen genügten, nicht zu rütteln wünschten. Herr Rickert hat an das Versprechen der Regierung vor 21 Jahren erinnert. Damals wurden auch in der That Vorarbeiten gemacht, sie scheiterten aber an der verschiedenartigen Auffassung der einzelnen Regierungen. Die meisten Regierungen waren mit dem bestehenden Rechtszustande zufrieden. (Lautes Gelächter links.) Der neuerliche Prozeß war eine Maßnahme der preußischen Regierung, darüber muß ich, als Staatssekretär im Reichsamt des Innern, mir jedes Wort der Rechtfertigung ersparen. Der Prozeß schwebt außerdem noch. Warten Sie doch die letzte Instanz ab. — Abg. Lenzmann (Freis. Vp.): Daß die Regierungen mit dem bestehenden Zustande zufrieden sind, glauben wir wohl, aber das Volk ist es nicht. Die Regierungen haben eben nicht den guten Willen; es handelt sich hier um eine böswillige Nichterfüllung der Verfassung. (Bewegung.) Es ist zwar richtig, daß der Prozeß noch schwebt, aber vollzogen ist bereits der gewaltsame Eingriff Köller's in die Organisation der sozialdemokratischen Partei. Wir haben das verfassungsmäßige Recht, uns gegen die Brutalitäten und Polizeiwillkür in den Einzelstaaten zu schützen. — Präsident v. Buol erklärt die Redewendung des Vorredners „böswillige Nichterfüllung der Verfassung seitens der Regierung" für parlamentarisch unzulässig. — Staatssekretär v. Bötticher verwahrt sich gegen die Unterstellung des Abg. Lenzmann, als ob er gesagt habe, die Sache gehe das Reich nicht an. Wenn eine Verletzung der Reichsverfassung durch preußische Behörden vorkommen sollte, so würde das Reich allerdings auf Abhilfe bedacht sein. Die gegenwärtige Stellungnahme der verbündeten Regierungen werde davon abhängen, ob die Beschlüsse, welche der Reichstag jetzt fasse, ihren Wünschen entsprechen oder nicht. — Abg. Auer (soz.): Der Prozeß gegen die sozialdemokratische Parteiorganisation habe lediglich die Angst vor der Sozialdemokratie zur Ursache gehabt. Die Konservativen hätten nicht einmal an den Berathungen der Kommission theilgenommen, natürlich, denn ihnen wäre dasjenige Vereinsrecht das liebste, in dem es einfach heißt: Jeder Deutsche aus guter Familie, der ein Einkommen von wenigstens 10,000 M. hat, hat das Recht, sich zu versammeln und zu vereinigen. (Heiterkeit.) Die konservativen Vereine würden sich immer des Wohlwollens der Regierung erfreuen und vom Staatsanwalt unbehelligt bleiben. Wäre der Partei Rickert's dasselbe passirt wie den Sozialdemokraten, dann wäre diese kleine Partei schon längst von der Bildfläche verschwunden. (Heiterkeit.) Was man sich gegen die Sozialdemokraten erlauben zu dürfen glaubt, zeige ein Vorfall in einer sächsischen Stadt. Dort habe man einen Vortrag über Goethe's „Faust" verboten, weil er voraussichtlich zu Aufreizungen gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung Anlaß geben sollte. Redner erklärt, seine Freunde acceptirten den Kommissionsentwurf, der jedenfalls einen Fortschritt bedeute. Unleidlich sei vor Allem § 8 des preußischen Vereinsgesetzes. — Abg. v. Bennigsen (nl.): Seine Freunde und er wünschen ebenfalls eine Regelung des Vereinsrechtes für das ganze Reich, sie befürchten aber, daß der vorliegende Entwurf den verbündeten Regierungen unannehmbar sein würde. Trotz einiger Mängel des Entwurfs würden indeß seine Freunde für denselben stimmen. — Die Abgg. v. Komierowski (Pole), Dr. Förster (Reformp.) und Dr. Lieber (Centr.) sprechen gleichfalls für den Entwurf. — Abg. Stolle (soz.) kritisirt namentlich die Handhabung des Vereinsrechts in Sachsen. — Abg. Lenzmann (Freis. Vp.): Wenn auch seitens der Regierung kein dolus vorliegt, auch vielleicht kein dolus eventualis, so doch eine culpa dolo determinata. Jedenfalls bleibe ich bei dem Vorwurf, es sei den Regierungen nicht Ernst damit, ein Reichs-Vereinsgesetz gemäß Artikel 4 der Reichsverfassung zu Stande zu bringen. — Darauf wird der Entwurf angenommen. — Nächste Sitzung Freitag. Dritte Berathung des Börsengesetzes.

Berlin. Der Afrikaforscher Hofrath Dr. Gerhard Rohlfs ist im Alter von 64 Jahren in Rüngsdorf bei Godesberg gestorben. — Es wird bestätigt, daß der Kaiser unmittelbar nachdem er die Unglücksnachricht aus Moskau erhalten hatte, ein Telegramm, in dem er seinem innigen Beileid Ausdruck verleiht, an den Kaiser von Rußland gerichtet hat. — Der frühere Stadtverordnetenvorsteher Dr. Strick, der zum unbesoldeten Mitglied des Magistrats gewählt ist, hat diese Wahl abgelehnt. Bei seiner Wahl waren 36 unbeschriebene Stimmzettel abgegeben worden. — Fürst Bismarck hat sich zum Empfange des Vorstandes der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover bereit erklärt. Für die Fahrt ist der 5. Juli in Aussicht genommen.

Köln. In dem zwischen Köln und Bensberg gelegenen Orte Brück überfielen Bauern 8 Solinger Radfahrer, mißhandelten mehrere mittelst Heugabeln und Messern sehr schwer und zertrümmerten die Fahrräder. Während des Streites wuchs die Zahl der kämpfenden Bauern auf über 150 Personen an. Die Haupträdelsführer sind verhaftet.

Neuruppin. Das bisher bekannt gewordene Resultat der gestrigen Stichwahl im Reichstagswahlkreise Ruppin-Templin ergiebt für Leising (freis.) 7093 und für v. Arnim (kons.) 4216 Stimmen. Es stehen namentlich noch ländliche Wahlkreise aus.

Schleswig. Das Feuer im Kropperbusch hat 700 Hektar des fiskalischen Tannenwaldes bis auf einen kleinen Rest in Asche gelegt. Von hier und von Rendsburg war Militär requirirt. — Der deutsche Schiffsheizer Reim, der am 1. Dezember v. Js. in einer Vorstadt Konstantinopel's einen französischen Matrosen erstach, wurde vom Schwurgericht unter Bewilligung mildernder Umstände zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt.

Braunschweig. In der Braunschweig'schen Jute- und Flachsspinnerei brach ein Brand aus, der die Fabrikgebäude theilweise zerstörte. Der Schaden wird auf 3—400,000 M. geschätzt. 1800 Arbeiter sind brotlos.

Darmstadt. Oberlandesgerichtsrath Heinzerling, früher langjähriges Mitglied der Zweiten Kammer sowie Präsident der hessischen Landessynode, ist heute früh gestorben.

Erlangen. Dem Vernehmen nach sind mit dem hiesigen Professor der Geschichte Dr. v. Bezold Verhandlungen eingeleitet wegen Uebernahme des durch den Tod des Professors v. Treitschke erledigten Lehrstuhles an der Berliner Universität.

Pfund's verdünnte (keimfreie) **Kindermilch.** Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.